

Bildung einer Arbeitsgruppe zum existenzsichernden bedingungslosen Grundeinkommen

1 Die Bundesfachbereichskonferenz 9 beschließt

Der Bundeskongress beauftragt den Bundesvorstand eine Arbeitsgruppe zu bilden, die sich intensiv mit den Vor- und Nachteilen eines existenzsichernden bedingungslosen Grundeinkommens beschäftigen soll. Hier werden vorrangig moralische Gesichtspunkte aus Sicht der arbeitenden und nicht arbeitenden Menschen untersucht. Auf Basis der Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe erfolgt eine breit angelegte Diskussion innerhalb von ver.di zur Einführung eines existenzsichernden bedingungslosen Grundeinkommens.

Begründung

Einen Denk- und Diskussionsprozess zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens hatte der letzte Bundeskongress 2007 mit der Antragsnummer B 100 diskutiert und beschlossen.

Der Meinungs- und Diskussionsprozess zu einem existenzsichernden bedingungslosen Grundeinkommen muss weitergehen und sich innerhalb der Gesellschaft entwickeln, weil:

1. Durch die anhaltende Massenarbeitslosigkeit, die Ausweitung von Billiglohnjobs und die sich vergrößerende Armut in Deutschland ist es an der Zeit, über ein existenzsicherndes bedingungsloses Grundeinkommen zu diskutieren. Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt und leistet sich trotzdem Kinderarmut und Suppenküchen. Durch Produktivitätsfortschritte werden auch zukünftig massenhaft Arbeitsplätze abgebaut. Einer weiteren Ausdehnung der Armut auf ganze Bevölkerungsschichten kann man nur begegnen, wenn zügig Konzepte erarbeitet werden, die den Arbeitsbegriff in unserer Gesellschaft neu definieren (Familienarbeit, ehrenamtliche Arbeit etc.) und damit Einkommen auch ohne herkömmliche Erwerbsarbeit moralisch legitimieren.
2. Derzeit wird nach einer kurzen Phase eines angemessenen Arbeitslosengelds Hartz IV gezahlt. Die Zahlung erfolgt nach Bedürftigkeitsprüfung und die Höhe ist nicht existenzsichernd. Menschen werden zu Bittstellern abgestempelt und ausgegrenzt. Diese entwürdigende Umgehensweise entspricht nicht der Grundeinstellung von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern im Umgang mit Menschen.
3. Deutschland ist ein Land, welches auf Exporte angewiesen ist und den gesellschaftlichen Reichtum daraus generiert. Dennoch liegen Zukunftsinnovationen brach, da es Menschen gibt, die aus Angst vor Armut einer bezahlten Arbeit nachgehen, die ihnen nicht liegt. Hier würde ein existenzsicherndes bedingungsloses Grundeinkommen für Sicherheit und Freiheit im Denken wie im späteren Handeln sorgen. Wir alle könnten davon profitieren.
4. Nunmehr, drei Jahre nach dem letzten Bundeskongress, müssen wir feststellen, dass neoliberale Politiker wie z. B. Guido Westerwelle ein Grundeinkommen/Bürgergeld zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen und politischen Ziele aufgegriffen haben. Das von ihnen definierte Grundeinkommen/Bürgergeld ist weder existenzsichernd noch bedingungslos. Es soll vielmehr dazu missbraucht werden, die vorhandenen Sozialversicherungssysteme abzuschaffen. Dem kann man nur mit einem eigenen Konzept entgegenwirken, welches wirklich zu einer verbesserten Lebenssituation der Menschen beiträgt.
5. Ein demokratisches System ist erst dann demokratisch, wenn ökonomisch unabhängige Bürger alle vier Jahre zur Wahl gehen. Was hilft mir heute eine parlamentarische Demokratie, wenn ich morgen arbeitslos bin und mit meiner Familie in eine Suppenküche gehen muss und nicht weiß, wie ich die Grundbedürfnisse meiner Kinder befriedigen kann?
6. Die Gewerkschaften befinden sich in den letzten Jahren in Abwehrkämpfen gegenüber einer immer mächtiger werdenden Arbeitgeberfront. Aus Angst vor Verlagerung ihrer Arbeitsplätze, Arbeitgeber drohen z. T. den Beschäftigten, trauen sich Einzelne nicht in Gewerkschaften einzutreten. Menschen arbeiten zu Dumpinglöhnen und leisten dennoch eine hervorragende Arbeit. Mit einem existenzsichernden bedingungslosen Grundeinkommen könnten diese Menschen auch NEIN sagen und könnten ohne Existenzangst Mitglied einer Gewerkschaft werden.